

Windkraft: Mindestabstand erhöhen

Regionales Raumordnungsprogramm und „Gemeindefusion“ / Breiter Raum für Einwohnerfragestunde in Rheden

RHEDEN ■ Die Einwohnerfragestunde nahm bei der Sitzung des Rhedener Gemeinderats breiten Raum ein. In der „Alten Schule“ in Wallenstedt kam der Zustand einiger Gemeindestraßen zur Sprache, außerdem Reparaturarbeiten, die nach Meinung von Anwohnern mit Fehlern behaftet sind. Walter Schwetje sprach von „dramatischen Löchern“ in der Straße „Am Hungerbach“.

Maik Götze vom Bauamt der Samtgemeinde Gronau bat um Verständnis für die personelle Situation. Nach dem Ausscheiden bisheriger Mitarbeiter gibt es einen hohen Anteil neuer Kollegen, die sich in ihrem Wirkungskreis von immerhin 110 Quadratkilometern noch orientieren müssen. Man werde die Rückstände aber baldmöglichst aufholen.

Das ausgebrannte Haus in der Rhedener Hauptstraße wird von der Öffentlichkeit als „Schandfleck“ empfunden. Ordnungsamtsleiterin Stephanie Klages erklärte, der Besitzer könne nicht gezwungen werden, über die Verkehrssicherungspflicht hinaus das Grundstück in einen ansehnlichen Zu-

stand zu versetzen. Dem Eigentümer wurde die Versicherungssumme bereits ausbezahlt. Er muss der Samtgemeinde die zur Gefahrenabwehr entstandenen Kosten erstatten, weigert sich aber, den in Rechnung gestellten Betrag zu zahlen.

Gemeindedirektor Rainer Mertens erklärte auf Anfrage, durch eine kommunalen Neugliederung werde die Wahlfreiheit der Rhedener zwischen den Grundschulen in Banteln und Gronau nicht berührt. Eine Änderung der Schulbezirke könne nur durch die Samtgemeinde Gronau in öffentlichem Verfahren beschlossen werden. Bestrebungen solcher Art gebe es derzeit nicht. Auch Vertreter der Heiner Arbeitsgruppe Windpark meldeten sich wieder zu Wort, mussten sich jedoch weitgehend auf die Zuständigkeit des Landkreises verweisen lassen, zumal ihre Fragen deutlich über das



Straßenbau, Gefahrenabwehr, Schulbezirke: Die Einwohnerfragestunde des Rhedener Gemeinderats wird genutzt. ■ Foto: Schirdewahn

Gebiet der Gemeinde Rheden hinausreichten. Doch ihre Lobbyarbeit hat sich gelohnt, das wurde im weiteren Verlauf der Sitzung

deutlich. Die Samtgemeinde Gronau und ihre Mitgliedsgemeinden beziehen derzeit Stellung zum Regionalen Raumordnungsprogramm (die LDZ berichtete).

Der Rhedener Rat schloss sich weitgehend der Verwaltungsvorlage an, ausdrücklich wird aber ein Ab-

stand von mindestens 1 000 Metern zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung gefordert. Außerdem sollen kleine Unstimmigkeiten gegenüber den rechtsgültigen Bebauungsplänen nachgebessert und die Ausweisung des „Brunotteschen Hofes“ als kulturelles Sachgut präzisiert werden.

Auf Antrag von Dr. Dietrich Thielke (BfGR-Fraktion) kam eine Aussprache zum Thema „Gemeindefusion“ auf der Tagesordnung. Im Mittelpunkt standen Verfahrensfragen: Soll man das Einsparpotenzial vor den Fusionsverhandlungen ermitteln, oder können diese Berechnungen erst am Schluss stehen? Verwaltungschef Mertens erklärte eindeutig, der Zusammenschluss aller Mit-

gliedsgemeinden zu einer Einheitsgemeinde Gronau sei möglich, nach gegenwärtiger Lage allerdings unwahrscheinlich. ■ bs